



i „Ehe für alle“ ist schlechte Politik“

ZUG. Für CVP-Präsident Gerhard Pfister ist die parlamentarische Initiative „Ehe für alle“ nicht Ausdruck lösungsorientierter Politik, sondern „die Unterwerfung unter ein ideologisches Konzept“. In einem Kommentar auf der Internetseite von HLI Schweiz (www.human-life.ch) vom 16. Januar 2017 kritisiert der Zuger Nationalrat die von Nationalrätin Kathrin Bertschy (GLP) eingereichte Initiative scharf. Würde die Ehe auf Verfassungsebene für alle Paare unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung geöffnet, würde damit eine „Schranke für die Gesetzgebung“ eingebaut. Gesetze zu den Paarbeziehungen dürften dann keine unterschiedlichen Regelungen mehr enthalten, „auch wenn dies sachlich sinnvoll wäre und auf allgemeine Zustimmung stossen würde.“ Pfister schliesst daraus, dass es der Initiantin und den Kreisen, die hinter ihr stehen, darum zu gehen scheint, „demonstrativ einen Sieg über all jene zu erringen, für welche die Ehe, so wie sie heute als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau besteht, ein Wert ist.“ Es gehe darum, ein bewährtes Rechtsinstitut, das in unseren Traditionen verankert sei, zu ersetzen, d.h. Bestehendes zu vernichten, um selbst als möglichst „liberal“ und „progressiv“ zu erscheinen. „Die andere Seite hat einen Kulturkampf gestartet“, ist Pfister überzeugt. Dieser müsse geführt werden; allerdings „möglichst unaufgeregt und ohne Übertreibungen“.

i Milliarden für Integration notwendig

KÖLN (DEU). Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) schätzt in seiner aktuellen Studie die jährlichen Kosten für die Integration von Zuwanderern in Deutschland auf rund 28 Milliarden Euro. Diese Investition sei demnach erforderlich, damit Migranten langfristig zu einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung führen. Die Kosten hätten eine negative Auswirkung auf das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland, welches um bis zu 800 Euro sinken könne. Zu den 28 Milliarden Euro zählen die Sozialausgaben für nicht erwerbstätige Migranten, die Kosten für Unterbringung und Verpflegung, Bildungsausgaben sowie öffentliche Investitionen, wie z.B. für den Wohnungsbau. Es werde der Studie zufolge noch Jahre dauern, bis eine Mehrheit der Asylsuchenden im deutschen Arbeitsmarkt integriert ist. So lange sinke zunächst die Wirtschaftsleistung pro Kopf. Viele Asylsuchende seien schlecht qualifiziert und nur durch grosse Anstrengungen über die Jahre in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In den vergangenen zwei Jahren sind etwa 1,2 Millionen Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Rund 90 Prozent von ihnen möchten Befragungen zufolge langfristig dort bleiben.

i Inputs für den Ehealltag

WINTERTHUR. Mit einer Kartenaktion für Ehepaare nimmt Zukunft CH 2017 erstmals aktiv an der MarriageWeek (www.marriageweek.ch) teil, die jedes Jahr vom 7. bis 14. Februar stattfindet. Die zwölf Panoramakarten bieten Inputs zu verschiedenen Ehe-Werten (Humor, Treue, Glück, Geduld, ...) und sind mit ihren Inputs auch optisch ansprechend gestaltet. Die Kurztex-te auf den Karten wurden von Regula Lehmann verfasst, Familienfachfrau und Projektleiterin im Bereich Ehe und Familie bei Zukunft CH. „Unsere Karten sollen Paare dazu ermutigen, unverzagt und mit einer Prise Heiterkeit in ihre Beziehung zu investieren. Zum einen, indem sie die Karten als Tischkalender im mitgelieferten Ständer zu Hause aufstellen oder verschenken und zum anderen, indem sie die Impulskarten je einen Monat geniessen und sie danach an befreundete Paare weiterschicken. 12-mal Ermutigung – weil die Ehe es wert ist!“ Bestellung der Karten unter: info@zukunft-ch.ch / 052 268 65 00



i Auflösung des Staatsvertrags mit Islam-Verbänden?

HAMBURG (DEU). Die Hamburger FDP fordert die Auflösung des Staatsvertrags der Stadt mit den muslimischen Verbänden. So stünde vor allem die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (Ditib) unter „begründetem Verdacht“, als „verlängerter Arm des türkischen Geheimdienstes in Deutschland“ zu fungieren, sagte die FDP-Landtagsabgeordnete Anna von Treuenfels-Frowein dem „Hamburger Abendblatt“ vom 10. Januar 2017. Demnach haben Mitglieder vom Ditib im Dezember 2016 in sozialen Netzwerken Bilder verbreitet, auf denen eine Person einen Weihnachtsmann schlägt, begleitet von den türkischen Worten: „Nein zu Weihnachten und Silvester“. Die Ditib, die mit den Bundesländern beim Islamunterricht zusammenarbeitet, galt für die deutschen Politiker einst als moderat. Weiter erklärte Treuenfels-Frowein, dass sich das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) regelmässig an antiisraelischen Demonstrationen in Berlin beteilige. Das IZH ist Mitglied des Rates der islamischen Gemeinschaften und damit ebenfalls seit 2012 Vertragspartner der Stadt.

i 40 Tage Gebet und Fasten



BERN. Vom 1. März bis 16. April 2017 findet die nächste jährliche Gebetsaktion „40 Tage Gebet und Fasten“ statt. Diese fordert mit täglichen Impulsen heraus, über den grossen Segen nachzusinnen, der auf dem Lesen, Meditieren und Einhalten des Wortes Gottes liegt. Organisiert wird die Aktion von der Schweizerischen Evangelischen Allianz und den Organisationen Campus für Christus und Gebet für die Schweiz. Die Organisatoren hoffen, dass im ganzen Land neben gemeindlichen Gebetsinitiativen regionale Treffpunkte entstehen, wo sich Christen täglich oder wöchentlich treffen, um einander zu ermutigen und miteinander zu beten. Zur Aktion wurde ein spezielles Gebetsheft herausgebracht. Zudem kann gratis eine Fastengebet-App für Smartphones heruntergeladen werden. Mehr Infos unter: fastengebet.ch

i Integration umgekehrt: Polizei absolviert Islam-Schnellkurs

BRÜSSEL (BEL). Laut belgischen Medien absolviert die belgische Polizei ab Februar 2017 im Rahmen einer neuen Initiative der städtischen Regierung einen Islamkurs, in dem die Grundlagen des Islam sowie die muslimische Einwanderungsgeschichte in Belgien gelehrt werden. Ziel dieser Massnahme ist es, die Arbeit der Polizei in vorwiegend von Muslimen bewohnten „Problemvierteln“ zu optimieren und einen kultursensiblen Umgang mit Muslimen zu trainieren. Die Massnahme wird von der Europäischen Union gefördert.



i Haben Sie gewusst, ...

... dass Zwillinge länger leben als der Rest der Bevölkerung? Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Studie von Wissenschaftlern aus Dänemark. Für ihre Studie analysierten die Forscher Daten aus dem dänischen Zwillingsregister, eines der ältesten Archive zu diesem Thema. Das Team wertete Informationen von fast 3'000 Zwillingen aus, die zwischen 1870 und 1900 geboren worden waren. Deren Todesalter verglichen sie mit Daten der gesamten dänischen Bevölkerung. Sie stellten fest, dass Zwillinge länger gelebt hatten. Vor allem bei eineiigen Zwillingen sei dies auffällig gewesen. Der Grund dafür scheint die enge soziale Beziehung zwischen den Geschwistern zu sein. Sie profitierten demnach emotional wie gesundheitlich von der lebenslangen Unterstützung durch Bruder oder Schwester, schreiben die Forscher der Studie David Sharrow und James Anderson. Die Studie wurde im letzten Jahr im internationalen Fachmagazin „PIOS ONE“ veröffentlicht.“

☞ Zahl des Monats

80%

der Schweizerinnen und Schweizer, die mit einem gegengeschlechtlichen Partner im Haushalt leben, sind verheiratet. *Quelle: BFS 2016*



i Vom Lebensende her denken

ZÜRICH. Menschen, die hin und wieder an den Tod denken, sind zufriedener mit ihrem Leben als solche, die dies nicht tun. Diese These vertritt die Philosophin Denise Battaglia vom Medizinethikinstitut Dialog Ethik in ihrem neuen Buch „Leben, Tod und Selbstbestimmung“ (Beobachter, Herbst 2016). Neuere Studien würden zeigen, dass der Gedanke an den Tod Menschen helfe, ihrem Leben Sinn zu verleihen. „Zufriedener seien sie vermutlich deshalb, weil sie ihre eigenen Wünsche, Ziele und Werte beim Gedanken an den Tod reflektieren und neu ordnen würden, interpretiert z.B. der US-Psychologe Kenneth E. Vail von der Universität Missouri-Columbia die Ergebnisse seiner Studie.“ Gemäss der Studie bleiben Menschen, die über den Tod nachdenken, ihren Prinzipien und Tugenden eher treu. Sie bauen aber auch mehr liebevolle Beziehungen auf, sind gütiger, einfühlsamer und gerechter und leben gesünder.

In der christlichen Kultur hat, so Battaglia, der vorausschauende Blick auf die eigene Endlichkeit unter dem Stichwort „memento mori“ eine lange Tradition. Der Ausdruck gehe letztlich auf den Psalm 90 in der Bibel zurück, in dem es heisst: „Herr, lehre uns bedenken, dass wir sterben müssen, auf dass wir klug werden.“ Im Kontrast zum heutigen Zeitgeist, der das Denken an den eigenen Tod verdrängt, möchte Battaglia dazu „ermutigen“, den eigenen Lebensfaden „vom Ende her denkend zu spinnen“.

i Juden gehen am längsten zur Schule



WASHINGTON (USA). Juden und Christen kommen weltweit im Durchschnitt auf die meisten Jahre Schulbildung. Dies ist das Ergebnis einer im Dezember 2016 veröffentlichten Studie des Pew Research Center zum Thema Religion und Schulbildung. Die Weltbevölkerung geht durchschnittlich 7,7 Jahre zur Schule. Juden kommen mit 13,4 Schuljahren auf den höchsten Wert. Christen gehen 9,3 Jahre zur Schule, Konfessionslose 8,8 Jahre. Buddhisten gehen 7,9 Jahre zur Schule. Muslime und Hindus kommen mit je 5,6 Jahren auf den geringsten Wert. Die am besten gebildeten Religionen weisen auch die geringsten Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf. Während es bei den Juden gar keinen Unterschied zwischen den Geschlechtern gibt, gehen bei Christen Mädchen durchschnittlich 0,4 Jahre weniger zur Schule. Bei den Konfessionslosen sind es 0,8 Jahre, bei Buddhisten 1,1, bei Muslimen 1,5 und bei den Hindus 2,7 Jahre. Der globale Durchschnitt liegt hier bei 1,1 Jahren. Interessant ist auch die Feststellung, dass Bildungsunterschiede zwischen den Religionsgruppen auch innerhalb einer Region auftreten. In Subsahara-Afrika z.B. haben Christen durchschnittlich die bessere Schulbildung als Muslime. Die Studie beruht auf Daten aus 150 Länder aus dem Jahr 2010.

☞ Zitiert

Der Islam kennt keine grundlegende Unterscheidung von geistlicher und weltlicher Macht, Kirche und Staat, Religion und Politik. Auch wenn die meisten „Kalifate“ recht weltliche Herrschaftsformen und keinen Gottesstaat auf Erden darstellten, gab es doch keine wirkliche Unterscheidung zwischen profaner und religiöser Welt, keine Pluralität und Gleichberechtigung der Religionen, keine wirkliche Religionsfreiheit, vor allem kein Recht auf Abkehr vom Islam, wohl aber – vor allem gegenwärtig – zahlreiche Versuche, die religiös-ethischen Vorschriften des Koran und der Scharia zur massgeblichen Grundlage staatlichen Rechts zu machen.

Aus: Ulrich Eibach „Dialog, Wahrheit und Mission – Worüber können und sollten Christen mit Muslimen reden?“, I-DAF, Aufsatz des Monats 9/2016

Herausgeber: Zukunft CH ist eine Stiftung mit Sitz in Engelberg, die sich für zukunfts-tragende Werte, eine Aufwertung der Familie und gegen die Einführung der Scharia einsetzt.

Präsident: Pfr. Hansjürg Stüchelberger

Geschäfts-/Redaktionsleitung: Beatrice Gall

Redaktion Infodienst: Mounir Hikmat, Dominik Lusser

Anschrift: Zürcherstrasse 123, 8406 Winterthur, Telefon: 052 268 65 00 www.zukunft-ch.ch

Satz & Gestaltung: Cicero Studio AG, Berneck

Druck: Jordi AG, Belp

Auflage: 2'000

Erscheinungsweise: 12 x jährlich

Spendenkonto: Postkonto 85-465565-8, Spenden an Zukunft CH sind in allen Kantonen von den Steuern abzugs-berechtigt.

Bildquellen: Fotolia.com/Jean Pierre, Zukunft CH, Shutterstock.com: Don Pablo, Natalja Nikolaeva, Gladius Stock, Rickson Davi Liebano, Olga Yatsenko, 40 Tage Gebet und Fasten

i Schweiz im Gender-Krieg

BERN. Der Bundesrat hat am 2. Dezember 2016 die Botschaft zur Ratifizierung der sogenannten Istanbul-Konvention verabschiedet. Die Konvention des Europarates „zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ tarnt, wie die Stiftung Zukunft CH schon 2015 in ihrer Vernehmlassungsantwort warnte, eine radikal-feministische Agenda mit einem ehrenwerten Anliegen: „Der Konvention liegt nicht der Gewaltbegriff des Alltagsverständes, sondern derjenige des radikalen Feminismus zugrunde. Es ist klar die Tendenz zu sehen, alle Geschlechtsunterschiede zu machtbestimmten gesellschaftlichen Konstruktionen zu erklären, die es als Diskriminierungen und Formen von Gewalt gegen Frauen zu erkennen und zu beseitigen gilt.“ Die Ratifizierung der umstrittenen Istanbul-Konvention wird voraussichtlich schon Ende Februar 2017 im Ständerat thematisiert.



Kommentar

Die Istanbul-Konvention (s. Meldung oben) gibt vor, Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Doch ein Blick dahinter zeigt ganz andere, weniger edle Ziele. Der Bundesrat selbst hält in seinem Bericht fest, dass die Schweiz bereits heute den Schutzstandard erfüllt, den die Konvention fordert. Mit anderen Worten: Wir brauchen diese Konvention nicht, um unsere Frauen zu schützen. Doch dafür ist die Konvention auch nicht in erster Linie ausgedacht worden. Sie ist vielmehr ein Plan, wie man unter dem Deckmantel der Gewaltbekämpfung eine bürgerliche Gesellschaft systematisch demontiert.

Unsere Gesellschaft basiert auf der Zweigeschlechtlichkeit von Mann und Frau, die sich in ihren tendenziell unterschiedlichen Fähigkeiten und Vorlieben wunderbar ergänzen. Doch was den Erfolg und das Glück der grossen Mehrheit ausmacht, ist manchen Ideologen ein Dorn im Auge. Ohne zwischen Natur und kulturhistorisch gewachsenen Unterschieden (die dann auch mögliche Diskriminierungen beinhalten können) zu unterscheiden, bringt die Konvention pauschal alle Unterschiede zwischen Mann und Frau mit Gewalt in Verbindung. Diese Unterschiede werden im Sinne der Gender-Ideologie kurzerhand zu sozialen Konstruktionen erklärt, die unterdrückerischen Verhältnissen entsprungen sein sollen. Das ist radikaler Kulturmarxismus, der sich mit der Idee eines freien Lebens in einem liberalen Rechtsstaat grundsätzlich nicht verträgt. Es ist nämlich gut belegt, dass sich unterschiedliche Vorlieben der Geschlechter z.B. bezüglich Berufswahlverhalten oder Beteiligung am Erwerbsleben mit zunehmendem Wohlstand (und der damit verbundenen Zunahme an Wahlmöglichkeiten) sogar besonders deutlich zeigen können.

Doch Fakten haben Ideologen noch nie interessiert. Die Konvention zielt einzig darauf, „Veränderungen von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von Frauen und Männern mit dem Ziel zu bewirken,“ alle Rollenzuweisungen für Frauen und Männer zu beseitigen. Diese Zielsetzung sei auch „in die offiziellen Lehrpläne auf allen Ebenen des Bildungssystems aufzunehmen“. Anstatt vor Gewalt zu schützen, setzt die Konvention also selbst auf Zwang und „psychische Gewalt“.

Und was besonders bedenklich ist: 75 von 84 Teilnehmer der Vernehmlassung haben diese radikale Agenda einfach abgenickt. Kein Wunder, denn es ist schon weitgehend zum Tabu geworden, über die Gender-Ideologie überhaupt offen und kontrovers zu diskutieren. Und das, obwohl diese unseren Alltagsverstand und unsere Freiheit mit Füßen tritt, gleichzeitig aber die Gesellschaftspolitik immer mehr bestimmt. Es wird Zeit, dieses fatale Schweigen wieder zu durchbrechen. Aus Liebe zur Wahrheit!

Ihr Dominik Lusser

Der Infodienst ist ein Service von Zukunft CH, der monatlich erscheint. Auf Wunsch kann der Infodienst auch als Online-Version zugeschickt werden. Gegen eine Spende von 20 Fr./Jahr können Sie den Infodienst abonnieren (Print- oder Onlineversion) unter:

Zukunft CH
Zürcherstrasse 123, 8406 Winterthur

E-Mail: info@zukunft-ch.ch
Telefon: 052 268 65 00

Besuchen Sie uns im Internet:
www.zukunft-ch.ch

Spendenkonto: Postkonto 85-465565-8